

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Peltzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.



Nummer 94

Wildbad, Montag, den 26. April 1920.

54. Jahrgang

Kreuz und Halbmond.

Der Wortlaut des Friedens mit der Türkei noch nicht bekannt, doch ist nicht zu bezweifeln, daß das bisherige Reich des Sultans der Türkei von einem sehr schweren Schicksal getroffen werden wird. Ob vor Konstantinopel ein schmaler Landstrich verbleibt, ist davon abhängig, ob die alte türkische Hauptstadt selbst, wenn auch unter internationaler Aufsicht der Türkei gelassen wird. In Kleinasien ist ein breiter Küstenstreich des Ägäischen Meeres von den Dardanellen bis gegenüber Rhodos durch griechische Ansprüche bedroht; die Südküste zwischen Adalia und Mersina mit dem Hinterland der alten Provinzen Pamphilien, Pisidien und Kilizien wird von Italien erstrebt; die Ede um Alexandrette ist einem armenischen Staat zugebach, und daran schließt sich Küste und Hinterland arabischer Staatengebilde, denen eine staatliche Verbindung mit der osmanischen Türkei nicht mehr auferlegt oder gestattet ist. Zwischen Alexandrette und Batum soll eine breite Scheidelinie Türken von Armeniern, Kurden und Lasen trennen; Trapezunt ist als armenischer Hafen des Schwarzen Meeres gedacht. Dem osmanischen Türkentum würde das nördliche und mittlere inneranatolische Hochland verbleiben mit einem Teil der Küste am Schwarzen Meer und — vielleicht — einem Ausgang zum Marmarameer, etwa bei Zsmid.

Damit wäre allerdings die orientalische Frage gelöst — soweit sie eine türkische Frage ist. Mehr nicht. Denn, wenn auch die Türkei als kräftiger Mitbewerber um die Macht in dem Völkerviel zwischen Europa, Asien und Afrika einzuweisen ausscheidet und sich in einen ruhigen Bauerntum verwandelt, so spüren wir doch schon aus den langwierigen Verhandlungen um das Los der Türkei die Gegenläufe der Gegenwart und der Zukunft. Die Erben der Türkei glauben schwerlich, daß nun mit dem Zerfall der Türkei die schöne Zeit müheloser Verständigungen begonnen habe. Man hat die orientalische Frage unsterblich genannt, und tatsächlich sehen wir sie in neuem Gewande vor uns aufstehen. Solange fremde Einflüsse infolge der bürgerlichen Verkehrsmittel nur langsam und schwerfällig in die Türkei dringen konnten, war die Türkei, besonders in Asien, was sie sein sollte: Heimat vaterlandloser Völker. Armenier und Juden haben die Türkei gepriesen und sind in ihr reich geworden; Araber, Fischeressen, Lasen, Kurden und Albaner, Griechen, Bulgaren, Serben und Wachen haben unter den Sultanen gelebt, und wenn auch von Antis wegen wenig für die Kultur dieser buntbedeckten Masse geschah, so gestattete türkische Duldung ihnen doch Glauben und Volkstum ungeschmälert durch die Jahrhunderte zu tragen. Die christlichen Kirchenfürsten, der griechische Patriarch, der bulgarische Erzbischof, der armenische Katholikos, hatten in der Türkei eine Machtstellung gewonnen, wie sie nur eine türkische Verwaltung verleihen konnte. Unumschränkt beherrschten sie das Schulwesen ihrer Gemeinden und regelten das Familienrecht ihrer Anhänger.

Es war das Verhängnis der Türkei, daß sie den schnellen Schritt der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahrhunderts nicht mitmachen und daß sie nicht den Weg finden konnte, ihre erwachten Völker miteinander und mit ihrer Gemeinsamkeit unter einem Hut zu versöhnen. Wir haben gesehen, daß auch westliche Staaten, Oesterreich und Ungarn, ja auch unser deutsches Reich, diesen Weg nicht finden konnten.

Von den Türken wird die Verteilung des Reichs als Grausamkeit empfunden. Der türkische Volkstamm, der zusammen etwa acht Millionen zählen mag, wohnt geschlossen in mittleren und westlichen Anatolien. Von den Küstengebieten ausgehend, ist neues Griechentum in diese alte Länder früher griechischer Kultur gewandert und hat sich dort mit den vorgefundenen Resten alter Zeit vermischt; es hat sich seine Kirchen und Schulen geschaffen und durchsiedelt spärlich das ganze anatolische Land. Das Armeniertum spielt eine ähnliche Rolle von Osten her; Adana in dem Kleinarmenien vergangener Zeiten und Van-Bilis-Erzerum im Nordosten, sind Brennpunkte des Armeniertums. Aber überall bis zu den Grenzen des Kurdenlands und bis zum Beginn arabischer besetzter Gebiete, finden wir den Türken

als Bauer auf dem Lande, als Handwerker in den Städten. Im Kurdenland und in den arabischen Provinzen hat das türkische Vorkommen einige bodenständige Verbindungen geschaffen. Unter Abd al Hamid wurden nichttürkische Mohammedaner, wie Bosnier, Arnavuten, Fischeressen, Kurden, Araber, bevorzugt, wie denn überhaupt der reine Türke schwerer an den Sorgen des Reichs als an seinem Glanz zu tragen hte. In fast einzigartiger Weise einigt der Islam seine Anhänger, und nur innerhalb der arabischen Welt hat es eine Bewegung gegeben, die mohammedanisch und zugleich türkenfeindlich war. Es kam zugegeben werden, daß diese Bewegung Genußnahme empfunden hat, als die Türkei von der Führerrolle, die ihr nach orthodoxer arabischer Auffassung nicht zusteht, abtreten mußte, aber daß dieses Gefühl von Dauer sein wird, ist unwahrscheinlich. Es ist anzunehmen, daß die Befürworter des Islams angesichts der Katastrophe der mohammedanischen Vormacht, dem Gefühl der Gemeinsamkeit wieder Raum geben. Durch die Errichtung des syrisch-arabischen Staats, der seinen Machtbereich anscheinend bis zu den heiligen Stätten des Islams, Mekka und Medina, ausdehnen soll, mag dem vielleicht nach der englischen Politik entgegen gearbeitet werden, aber die Tatsache, daß das Reich des Sultans, der zugleich Kalif der Sunniten ist, durch einen christlichen Ansturm vernichtet worden ist, die Aussicht, daß fast alle christlichen Untertanen der Türkei nun auscheiden und als begehrliche Nachbarn über die neuen Grenzen blicken werden, daß christliches Ansehen und

Machtgefühl einen bedrohlichen Ausschlag gegenüber dem Islam genommen haben, wird nicht verfehlen, die Befürworter Mohammeds einander zu nähern.

Mit diesen Gegensätzen zwischen Kreuz und Halbmond, wird man mehr als bisher zu rechnen haben. Es heißt, daß Mustafa Kemal, der Führer der anatolischen Türken, mit den Arabern Mesopotamiens, mit den Turkmänen und mit einem wahrscheinlich mohammedanischen russischen Bolschewikentum in Verbindung getreten sei, daß er den nachgiebigen Sultan nicht mehr anerkenne, auch nicht mehr als geistiges Oberhaupt des Islams, als Kalifen. Wenn sich das bestätigt, so stehen wir am Beginn folgenreicher Ereignisse. Das Kalifat gelangte durch angeblich freiwilligen Verzicht des letzten Kalifen aus dem Hause Abbas, 1519 an die türkischen Sultane. Für die rechtgläubigen Mohammedaner gibt es eine solche Einsetzung des Kalifen nicht, doch wird der Grundsatz der Ueberlieferung befolgt, sich zur Vermeidung größerer Unheils auch einem durch Gewalt erlangten Kalifat zu unterwerfen. Dadurch wird das Recht des Kampfes um das Kalifat anerkannt. Wenn die Anatolier Mustafa Kemals zu solchen Mitteln greifen, so beweist das ihre tiefe Erregung und Entschlossenheit.

Neues vom Tage.

Das Krankenversicherungsgesetz.

Berlin, 24. April. Die Nationalversammlung hat nach dem Antrag Parischat den Beschluß des Wirtschaftsausschusses betreffend Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Einkommen bis zu 20 000 Mark mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien verworfen und die Regierung aufgefordert, einen neuen Entwurf, der nicht über die Grenze von 12 000 Mark hinausgeht, einzurichten.

Deutscher Botschafter beim Vatikan.

Berlin, 24. April. Der bisherige preussische Geschäftsträger beim Vatikan, Dr. v. Bergen, ist zum Botschafter der Reichsregierung beim Heiligen Stuhl ernannt worden. Wahrscheinlich wird die Kurie Monsignore Pacelli zum Berliner Nuntius ernennen.

Fräulein Rätin.

Berlin, 26. April. Die Mitarbeiterin Raumanns, Fräulein Dr. Gertrud Bäumer, ist als vortragende Rätin für Schulangelegenheiten ins Reichsministerium des Innern berufen worden.

Wahl in Magdeburg.

Berlin, 24. April. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wählte den Deutsch-Nationalen Freiherrn v. Wilmowski mit 72 Stimmen zum Landeshauptmann, während der Unabhängige Gegenkandidat 63 Stimmen erhielt.

Minister Geßler über militärische Fragen.

München, 25. April. Reichswehrminister Geßler erklärte in einer Aussprache mit hiesigen Parteifreunden, die Garnison von Berlin sei nicht stark genug. Es werde eine unbedingt zuverlässige Brigade in der Nähe Berlins aufgestellt. Auch monarchistisch gesinnte Offiziere haben im Meer Platz, wenn sie sich verpflichten, für die Verfassung einzutreten. Der Kapp-Putsch sei gut vorbereitet, aber psychologisch ein Wahnsinn gewesen. Der Zustand im Ruhrgebiet sei aber schon früher vorbereitet worden; die Regierung wußte, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollten. Auch die bürgerlichen Minister hätten den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch aufgerufen.

Bankbeamtenstreik.

Dresden, 24. April. Die arbeitswilligen Bankbeamten, die in größerer Zahl als am Vortag erschienen waren, wurden gestern von den Streikenden mit Gewalt am Betreten der Banken verhindert; Angestellte, die bereits an der Arbeit waren, wurden bedroht und zum Verlassen der Arbeitsstätten gezwungen.

Kapp in Freiheit gesetzt.

Stockholm, 25. April. Die schwedische Regierung hat Kapp in Freiheit gesetzt gegen die Verpflichtung, keine politischen Verbindungen zu unterhalten. — Die Familie Kapps ist nach Schweden abgereist.

Die Konferenz von San Remo.

San Remo, 25. April. Reuter meldet, die Konferenz habe beschlossen, daß Deutschland weitere Zwangsmassnahmen zu erwarten habe, wenn es die noch nicht erfüllten Vertragsverpflichtungen nicht in kürzester Frist nachhole.

In einer Unterredung mit Pressevertretern soll Lloyd George es in Abrede gezogen haben, daß er Deutschland eine neue Hungerperre angedroht habe. Deutschland sei zu schwach, als daß es eine Bedrohung sein könnte. Eine der Schwierigkeiten sei die Weigerung Bayerns, den Befehlen Berlins Folge zu leisten. Die Furcht vor dem Bolschewismus in Deutschland sei nicht übertrieben, obwohl er nicht glaube, daß der deutsche Charakter sich für den Bolschewismus eigne. Auf der andern Seite habe der Kapp-Vorfalles gezeigt, daß Deutschland noch nicht geeignet sei, eine militärische Bewegung zu stiften. Lloyd George bestritt, jemals die Abänderung des Friedensvertrags vorgeschlagen zu haben.

Die Berichte englischer Offiziere teilen nicht die Ansicht der Franzosen, daß Deutschland sich grundsätzlich den Verpflichtungen des Friedensvertrags entziehen habe. Die englische Politik müsse sich darauf richten, Deutschland Hoffnung zu geben; denn wenn es in das Chaos gestürzt würde, könne man auf jede Schadenersatzleistung von vornherein verzichten.

Paris, 25. April. Nach den hiesigen Blättern verlanget Millerand die Befestigung von Karlsruhe und Mannheim, wenn Deutschland mit inneren 6 Wochen vollständig entwaffnet sei. Wenn es innerhalb 8 Wochen noch nicht geschehe, so solle auch das Ruhrgebiet besetzt werden.

Paris, 23. April. (Reuter.) Der Oberste Rat hat beschlossen, Smyrna unter türkische Hoheit, aber unter die Verwaltung von Griechenland zu stellen.

Amsterdam, 25. April. Die „Telegraaf“ aus San Remo meldet, beschloß der Oberste Rat für die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosphorus den Grundriß der freien Schifffahrt, der allein durch den Völkerbund aufgehoben werden könne. Drei Monate nach Ratifizierung des Vertrags sollen die Befestigungen geschleift werden. Drei große Mächte werden in der Kommission für die Meerengen vertreten sein.

Gegen die schwarzen Franzosen.

London, 25. April. Der Ausschuß der Arbeiterpartei hat bei den verbündeten Regierungen und beim Völkerbund gegen die Verwendung farbiger Truppen bei der Besetzung in Deutschland Widerspruch eingelegt.

Eh rung P a h e r s.

Berlin, 23. April. In Ehren des aus dem parlamentarischen Leben ausscheidenden Vorsitzenden der Deutsch-demokratischen Fraktion der Nationalversammlung Friedrich v. Bayer, fand am Mittwochabend nach Beendigung der Sitzung im Speisesaal des Reichstags ein Abendessen statt. Abg. Konrad Haußmann feierte den Scheidenden, der seine parlamentarische Tätigkeit unter 10 Kanzlern ausgeübt und von diesen drei bekämpft, sieben beraten habe. Die Partei werde ihm seinen dauernden Urlaub bewilligen und auf seine Hilfe im Wahlkampf nicht verzichten. Bayer gab einen Rückblick auf die erste Zeit des Reichstags, wo die Partei 4 Mann stark und alles noch so einfach war. Jetzt sei das Leben aufgeregter. Niemand könne sagen, daß er Herr der Ereignisse sei, die Ereignisse führen uns. Die Nationalversammlung habe gute Politik gemacht.

Die amerikanische Lieferung.

Berlin, 23. April. Nach den nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen werden die amerikanischen Firmen 250 000 Tonnen Brotgetreide, 45 000 Tonnen Mehl, 50 000 Tonnen Speck und Schmalz, 30 000 Tonnen Käse, 50 000 T. Margarine, 10 000 T. Reis, 50 000 lebende Schweine, 20 000 Kinder, 400 000 Kisten zu 43 Dosen eingedickte Milch und 1 Mill. Ztr. Kartoffeln liefern. Der Preis wird 45 Millionen Dollar gleich 2 1/2 Milliarden Mk. betragen, die bis Mitte 1922 durch Auslandswechsel (Devisen) zu bezahlen sind.

Bolschewistische Vorbereitungen.

Berlin, 23. April. Die „Deutsche Tagesztg.“ veröffentlicht einen neuen Artikel über die Vorbereitungen des Abg. Cohn-Nordhausen (Unabh.) zu einem bolschewistischen Aufrühr. Zusammen mit dem russischen Senator Viktor Kopy betreibt Cohn einen lebhaften Kundendienst nach der Schweiz, Kopenhagen, Kiew, Moskau und andern Orten und unterhalte einen PresseDienst, der die kommunistischen Kampfangaben mit Geld versieht und verbotenen Handel treibt.

Paris, 23. April. Der „Matin“ meldet aus San Remo: Amerikanische Zeitungsvertretern gegenüber äußerte sich Lloyd George, er sei der Ansicht, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht verletze und nicht in schlimmer Absicht gehandelt habe. Deutschland sei ein krankes Land, wo die Glieder dem Wehri nicht mehr gehorchen wollen. Man könne an das kranke Land nicht dieselben Anforderungen stellen, wie an ein gesundes. Die Forderung Deutschlands, ein Heer von 200 000 Mann zu behalten, sei nicht unvernünftig.

Der Prozeß Caillaux.

Paris, 23. April. Der Oberste Gerichtshof hat mit 150 gegen 91 Stimmen erklärt, daß der frühere Minister Caillaux mit dem Feind (Deutschland) während des Kriegs in Verbindung stand, aber ohne die Absicht des Verrats. Mit 128 gegen 110 Stimmen wurde auf mildernde Umstände erkannt. Als Strafe ist Festungshalt vorgehrieben, die durch die 23 Monate dauernde Untersuchungshalt verbißt sein dürfte. Die Prozeßkosten werden auf 800 000 Franken geschätzt.

Stuttgart, 23. April. (Verroths Nachfolger.) Der verstorbene Abg. Karl Verroth gehört dem württ. Landtag seit 1912 an. Sein Nachfolger in der Landesversammlung würde Landwirt Dingler von Calw sein.

Bisingen, O. Ludwigsburg, 23. April. (Leichenfund.) Die aus der Enz geländete Leiche wurde als die 30 Jahre alte ledige Wirtin Trautwein aus Markgröningen festgestellt. Es soll sich um unglückliche Liebe handeln.

Badnang, 23. April. (Lederdiebstahl.) In der Fabrik von Fr. Häuser wurde für 23 000 Mk. Leder gestohlen.

Güglingen, O. Brackenheim, 23. April. (Amerika-Spende.) Landsleute in Nordamerika haben zu Gunsten der Bedürftigen ihrer Heimatgemeinde 14 000 Mk. hierher überwiesen.

Tübingen, 23. (Sommersemester.) Zum Sommersemester liegen bereits 3600 Anmeldungen von Studierenden, darunter Banater, Schwaben (aus Ungarn) vor. — Der Posttarif wurde vom Haushaltsausschuß der Nationalversammlung angenommen, nur die Postgebühren

ren der Zeitungen wurden von 3 auf 2 bzw. 4 auf 3 Btg. ermäßigt.

— **Notleidende** sind in Stuttgart nach amtlicher Festsetzung Personen mit einem Einkommen bis 5800 Mk., in der bemeittelte solche mit einem Einkommen von höchstens 8000 Mk.

Berlin, 23. April. Nach den „N. N.“ verläutet in parlamentarischen Kreisen, Ebert werde bei der Wahl des Reichspräsidenten nicht mehr kandidieren. Als Kandidat werde u. a. der Präsident der preuß. Landesversammlung und Oberbürgermeister von Hannover, Veinert (Mehrheitssozialist), genannt.

München, 23. April. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags hat mit 13 gegen 6 Stimmen der Sozialdemokraten die Strafverfolgung des Unabhängigen Blumtritt, Redakteur in Hof, wegen fortgesetzten Hochverrats genehmigt.

Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Paris, 23. April. Havas meldet, daß in Mülhausen, Straßburg, Metz, Saargemünd und andern Orten der Generalstreik ausgebrochen sei. Es scheint aber, daß er nicht überall streng befolgt werde. Der Eisenbahnverkehr ruht fast ganz. Unruhen sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Die Konferenz von San Remo.

San Remo, 23. April. (Havas.) Das Ersuchen der Deutschen Regierung, wegen der bolschewistischen Gefahr die Reichswehr in einer Stärke von 200 000 Mann beizubehalten, hat auf der Konferenz lebhaften Eindruck hervorgerufen. Sie begegnet auf englischer und italienischer Seite einem gewissen Wohlwollen.

Nach einer Havasmeldung soll die Entwaffnung Deutschlands bis 30. Mai durchgeführt sein. Alle bewaffneten Verbände, die nicht der Reichswehr oder dem alten Polizeiverband angehören, sind zu beseitigen.

Paris, 23. April. Nach dem „Matin“ schlagen Lloyd George und Mitti vor, daß die Entschädigung Deutschlands im Ganzen ebenso wie die regelmäßigen Zahlungen an Frankreich und Belgien genau festgelegt werden sollen. Das beehrte Gebiet soll eingeschränkt werden, dagegen soll Frankreich und Belgien gestattet sein, die Besetzung auch über die 15 Jahre des Friedensvertrags so lange auszu dehnen, bis Deutschland alles bezahlt hat. Aber mit diesem Vorschlag ist Millerand noch nicht zufrieden; er besteht auf der weiteren Besetzung Frankfurts und schlägt seinerseits dazu noch die Besetzung des Ruhrgebietes vor, damit die Kohlenlieferungen gesichert werden können.

Paris, 23. April. Briand erklärte in der Kammer, England und Amerika seien moralisch verpflichtet, Frankreich finanziell zu unterstützen, damit es aus seinen Geldsorgen herauskomme.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. April.

Die Nationalversammlung hat nun das Reichswahlgesetz endgültig angenommen. In seinen Grundgedanken ruht es auf Bismarckschen Ideen, in den Einzelheiten ist es den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt. Darüber ist die Nationalversammlung einig gewesen, daß das Gesetz in seinen wesentlichen Bestandteilen gut und dauerhaft ist, wenn auch die Praxis da und dort mit der Zeit noch Änderungen und Ergänzungen notwendig machen mag. Eine Frage von einschneidender Bedeutung rief allerdings eine längere und sehr interessante Aussprache hervor: Das Wahlrecht der Heeresangehörigen. Der Gesetzentwurf will die Reichswehr nicht in das allgemeine Wahlrecht einbegreifen wissen, um die „Politisierung“ der Wehrmacht zu verhindern, die leicht eine Gefahr werden könnte. Die Revolution von 1918 hat beinahe mit diesem Grundsatz des alten Systems gebrochen, allerdings handelte es sich damals, im Januar 1919 noch um fast 2 Millionen Heeresangehöriger, während für die nächsten Wahlen der jüngste oder wenn es gut geht, der zehnte Teil in Betracht kommt. Die beiden sozialistischen Parteien traten für das Wahlrecht des Militärs ein, auch ein Teil der Sozialnationalen mit dem Abgeordneten v. Gräfe an

der Spitze war für das Soldatenwahlrecht, weil die politischen Verhältnisse mit denen früherer Zeit, wo die Fernhaltung der Politik vom Heer das Gegebene war, nicht zu vergleichen seien. In überaus eindrucksvoller Weise, unter lautloser Stille des Hauses, sprach aber der Führer der Sozialnationalen, Graf Posadowski, gegen das Verlangen. Ein politisierendes ausgehobenes Heer sei gefährlich, aber noch viel gefährlicher sei ein politisierendes angeworbene Soldatenheer. Das deutsche Heer müsse ein gehorsames Organ der Regierung sein. Der sozialdemokratische Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts auf die Reichswehr wurde denn auch gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktionen und eines Teils der Sozialnationalen abgelehnt. Zum Schluß wurde noch das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten erledigt. Der Wahltag soll nicht vom jeweiligen Reichspräsidenten sondern vom Reichstag festgesetzt werden und die Wahl darf nicht mit einer allgemeinen Volksabstimmung oder einer Reichstagswahl verbunden werden.

Berlin, 23. April.

Auf Anfrage Dr. Ehringer (D. N. B.) wegen Zollfreiheit von aus dem Elsaß eingeführten Baumwollwaren wird regierungsseitig geantwortet, daß die betreffenden Waren nach Befreiung einiger Unstimmigkeiten mit der französischen Regierung nunmehr wieder zollfrei sind.

Ueber das Gesetz betreffend Besriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtag wird, weil es eine Verfassungsänderung bedeutet, namentlich abgestimmt. Es wird mit 290 gegen 15 Stimmen angenommen.

Von dem Gesetzentwurf des Reichswahlgesetzes wird § 2 mit geringer Mehrheit angenommen. (Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten.)

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz mit 301 Stimmen angenommen.

Das Gesetz betreffend Vereinigung Koburgs mit Bayern in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betreffend das Land Thüringen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Reichswehrminister Gessler: Wenn Sie einem Heer das Recht der politischen Meinungsfreiheit geben wollen, dann dürfen Sie es nicht abtemperieren nach der jeweils herrschenden parlamentarischen Mehrheit. Die Reichswehr braucht Ruhe und darum bitte ich, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Durch Verordnung will ich in den nächsten Tagen die Wehrkammern einführen. Oestern war eine Abordnung der Marinebrigade in Münster bei mir, die unter Bedingungen von mir verlangte, daß die Haftbefehle gegen Rapp und Erhardt zurückgezogen werden und Erhardt an der Spitze einer Truppe bleibe. Ich habe natürlich abgelehnt. Aber Sie sehen, daß eine politisierende Truppe ihre Macht politisch zu benutzen sucht.

Graf zu Dohna (D. B.) stimmt dem zu.

Abg. Eichhorn (U. S. V.) beantragt, den Untersuchungsgefangenen das Wahlrecht zu gewähren.

Abg. Herold (Z.) tritt für die Regierungsvorlage ein.

Abg. Kagenstein (S.): Wir wollen keine Politisierung des Heeres, aber wir wollen es dem freien Luftstrom der öffentlichen Meinung aussetzen und nicht zum blinden Werkzeug einer einzelnen Partei machen.

Die Anträge werden abgelehnt.

Reichsminister Koch erklärt, daß wenn nicht in aller nächster Zeit sich feststellen läßt, ob und wann die Abstimmungen in Schleswig-Holstein stattfinden, die Reichstagswahlen für Schleswig-Holstein für später angelegt werden.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso die Anlage betreffend die Wahlkreis-einteilung und die Wahlkreisverbände. Hierauf wird das Gesetz betreffend Wahl des Reichspräsidenten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Württemberg.

Stuttgart, 23. April. (Vom Landtag.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss begründete ein Vertreter des Bauernbunds den Antrag auf Abschaffung der Zwangsversicherung. Sie sei die Ursache der Unzufriedenheit auf dem Lande. Höchstens seien unüberwindlich, der freie Markt würde regulierend. Die Versorgung der Verbraucher werde durch die Beseitigung der Zwangswirtschaft besser, allerdings auch teurer. Ernährungsminister Graf führte aus: Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sei nie schwieriger gewesen als jetzt. Die Ablieferung von Lebensmitteln seitens der Landwirte habe nachgelassen, auch würden weniger lebensnotwendige Pflanzen angebaut. Die Viehzucht an die Feinde habe die Ernährung noch weiter erschwert. Eine dauernde Senkung der Lebensmittelpreise durch Reichszuschüsse sei unmöglich. Württemberg sei auf Zuschüssen vom Reich angewiesen. Bis 15. März wurden im Lande 500 000 Doppelzentner Brotgetreide abgeliefert, beim Reich habe man noch ein Guthaben von 24 000 Ztr. Getreide nicht mehr für Kasseezwecke freigegeben werden. Der Minister empfiehlt hierfür die Verwendung von Getreide, die frei bewirtschaftet werden. Die Brauereien haben nur 5 Proz. des Lieferungsstills erhalten. An Kartoffeln seien 850 000 Ztr. nach dem Ver-

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Freisen.

18

(Fortsetzung.)

„Nun mußt Du mir von Deiner Reise erzählen, Kind,“ flötet die kleine Dame. „War die lange Seefahrt nicht schrecklich?“

Die wilde Hummel lacht.

„O nein. Sie war furchtbar nett. Ein bißchen komisch“ all die Leute auf dem Schiff. Besonders die Männer. Aber ich hab' mich gottvoll amüsiert!“

Leises Lächeln umspielt die karminroten Lippen Ihrer Exzellenz in Erinnerung an die Klagen des Justizrates. Da sie jedoch nicht nur eine laparidöse, sondern auch eine herzensgute und gerecht denkende Dame ist, so wartet sie vorerst ab.

„Du weißt doch, daß ich die Freundin Deiner Mutter war und jetzt Mutterstelle an Dir vertreten werde?“ fragt sie freundlich.

„Ja. Man hat es mir gesagt.“

„Du wirst mich „Frau Tante“ nennen, nicht etwa Exzellenz oder Frau Gräfin — wie die andern alle?“

„Muß ich „Du“ sagen? Oder „Sie“?“

„Vorläufig „Sie“!“

„Das bin ich gar nicht gewöhnt. Aber es wird schon gehen.“

„Natürlich. Wie gefällt es Dir übrigens in Deiner „Nun, ein bißchen schwarz alles. Besonders der neuen Heimat?“

Himmel. Und kalt und naß — hrre! Sagen Sie mal, Frau Tante, scheint die Sonne hier nie?“

Wieder muß Ihre Exzellenz lächeln.

„Ate frisch und ursprünglich Du bist, Kind! Wir werden gut miteinander auskommen. Ich bin eine sehr vertrauliche Frau, wenn man mich machen läßt, wie ich will. Und Du — hm, Du bist einfach entzückend!“

„Ne — ich weiß nicht recht —“ macht die wilde Hummel mit zweifelndem Achselzucken und beißt mit ihren festen weißen Zähnen in ein großes Stück Kuchen, daß Ihre Exzellenz ihr soeben höchst eigenhändig auf den Teller gelegt hat.

Ihre Exzellenz, die Frau Gräfin Klothilde von und zu Lüttinghausen, unterdrückt ein leises Schaudern beim Anblick des Appetits, den ihr Mädel entwickelt. Aber er erwidert auch etwas wie leid in der vornehmen und hypermodernen Dame, die gewohnt ist, nur wie ein Bögelchen an den Lederbissen der Tafel herumzunäsen.

Nachdem Hummeln das sechste Stück Kuchen verzehrt hat und nach einem siebenten langt, lehnt die kleine Dame sich verblüfft in ihren Stuhl zurück.

„Entwickelst Du immer einen so guten Appetit?“

„Warum nicht?“ erwidert Hummeln lachend. „Das ist noch gar nichts. Ich aß am meisten von allen in Büffel-Goldfeld.“

„Wirklich?“ lächelt Ihre Exzellenz und wundert sich nicht mehr über die frischen Farben des jungen Geschöpfes und ihr blühendes, kerngesund Aussehen. Voller Interesse erkundigt sie sich nach dem Umgang ihrer Mädel da unten in Kapstadt und besonders nach den Tanten, mit denen sie verkehrte.

„Tanten?“ lacht das Mädchen hell auf. „Die gibt's in Büffel-Goldfeld überhaupt nicht. Nur die alte Mutter Wilhelmine. Aber die ist keine Tante!“

„Wieso? Was gibt es denn dort?“

„Männer“

„Nur — Männer?“

„Ja. Die „Jungens“ nennen sie sich. Und heißen Karl, Peter, Anton, Martin, Fritz, Jim, Eddy, Johnny, Taffy, Bobby —“

„Allmächtiger!“ röhnt Ihre Exzellenz, die Frau Gräfin von und zu Lüttinghausen. „Wie fürchterlich!“

„Warum?“ meint Hummeln verwundert. „Sie waren alle sehr nett zu mir. Hamase Jungens!“

„O“ dauert eine ganze Weile, bis Ihre Exzellenz sich von ihrem Schrecken erholt hat. Dabei benützt sie wiederholt ihr Niesfläschchen, das an einer goldenen Kette an ihrem Gürtel baumelt und betupft sich ganz vorfichtig Augen und Schläfen. Dann lenkt sie das Gespräch auf andere Bahnen, auf die zukünftige Stellung ihrer Mädel in der Berliner Gesellschaft... auf ihren immensen Reichtum... auf die Art und Weise wie sie ihr Leben standesgemäß einzurichten habe. Eine Kammerjungfer sei bereits engagiert; sie wäre ihr von einer guten Bekannten, einer früheren Hofdame der Kaiserin, besonders empfohlen, schein überaus geschickt zu sein und verstehe sich besonders auf Frisieren und Toupieren und Ondulieren der Haare, sowie auf die Maniküre mit all ihren Bekantheiten und Chikanen — dabei betrachtet Ihre Exzellenz mit verlebten Blicken ihre rosigen Fingerspitzen, deren überlange Nägel wie matte Perlen schimmern — wenn Jeanette jedoch trotzdem nicht genüge, würde sie sofort weggeschickt und durch eine andere ersetzt werden.

Die wilde Hummel hat selbstverständlich keine Ahnung, was eine Kammerjungfer ist. Überdies, was Toupieren und Ondulieren der Haare oder Maniküre bedeutet. Doch interessiert es sie zu wenig, um danach zu fragen.

(Fortsetzung folgt)



teilungschlüssel des Reichs zu wenig geliefert worden. Die Milchlieferung habe sich gebessert, die Fleischversorgung sich verschlechtert und werde vor dem Herbst nicht besser werden. Auch die Zuckerausichten sind trübselig. Eine **Konkurrenzaktion** an Zucker werde möglichst ausfallen. Der Reichswirtschaftsminister habe den Wagnisfabriken 1 Million Zentner Zucker zugewiesen, aber noch sei Vorrat vom Jahr 1919 vorhanden. Für Einfuhr fehlen die Zahlungsmittel. Die Zwangswirtschaft könne gegenwärtig unmöglich aufgehoben werden. Die Kosten der Erhaltung würden bei freier Wirtschaft pro Tag und Person auf 95 Mk. steigen. Die Preisbildung beim Hafer bilde ein Beispiel für freie Wirtschaft. Auch die Genossenschaften können keine Garantie für gute Ablieferung geben. Die Vertreter der übrigen Parteien sprachen sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft aus.

Stuttgart, 23. April. (Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.) Der Gemeinderat beriet über die Erhöhung der Pflegekosten der Krankenhäuser. Danach sollen künftig in den drei Klassen für Erwachsene folgende tägliche Verpflegungssätze erhoben werden: 25, 20 und 15 Mark. Vom 15. Mai soll versuchsweise für alle Klassen eine Einheitskost zur Einführung kommen. Die Sätze für die 1. und 2. Klasse betragen in der Regel sogar 30 und 22 Mk., können aber ermäßigt werden. Dennoch hat die Stadt bei ihren Krankenhäusern künftig mit einem jährlichen Abmangel von 4 Millionen Mk. zu rechnen.

Stuttgart, 23. April. (Zeichen der Zeit.) Der bekannte Gasthof zur Krone in Untertürkheim ist von der Holzwarenfabrik H. Sauerlich u. Co. in Stuttgart angekauft worden. In dem Anwesen wird jetzt ein Fabrikbetrieb eingerichtet. — Der Gasthof zum Löwen in Untertürkheim hat Metzger Karl Edelmann in Paderborn käuflich erworben.

Airchheim a. L., 23. April. (Erpressungsverfuge.) In Wendlingen O. d. T. gingen mehrere Familien Briefe, die mit Schremspapier hergestellt und in Airchheim zur Post gegeben waren, des Inhalts, daß die Betroffenen auf Befehl des gemeinsamen Komitees für Arbeiterschutz und Fürsorge sofort ihre Wohnung anderen jungen Eheleuten zu überlassen haben, sonst werde ihr Anwesen durch Feuer oder Explosion zerstört. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Untersuchung eingeleitet.

Crailsheim, 23. April. (Todesfall.) Der Landtagsabgeordnete Karl Berroth, Mitglied der Fraktion der Württ. Bauern- und Weingärtner, und Landwirt in Jagstheim, ist im Alter von 40 Jahren nach längerem Leiden gestorben.

Alten, 22. April. (Verhaftet.) Ein guter Fang ist dieser Tage der hiesigen Fahndungspolizei geblieben. Es gelang ihr, zwei geriebene Diebe, die offenbar seit Monaten die Sicherheit der Bahnhöfen gefährdeten, zu verhaften. Beide waren als Hilfskassierer bei der Bahn beschäftigt und hatten sowohl hier wie in Heidenheim eine Wohnung. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß sie ihr lichtscheues Treiben längere Zeit verschleiern konnten. Ihr „Arbeitsgebiet“ erstreckte sich hauptsächlich auf das Verschwindenlassen ganzer Zigarrenkisten, deren Inhalt sie dann einzeln zum Verkauf brachten. Bei dieser Tätigkeit wurde einer davon erwischt, worauf es gelang, auch den andern zu fassen und das Lager der beiden auszuheben.

Reutlingen, 23. April. (Verkauf der Bundeshalle.) Der größte Saal in hiesiger Stadt, die Bundeshalle, ist in den Besitz des Strickwarenfabrikanten Enkle übergegangen. Er soll für Industriezwecke dienstbar gemacht werden. Der Kaufpreis beträgt 120 000 Mk.; vor 10 Monaten hatte ihn der gegenwärtige Besitzer noch für 75 000 Mark erworben.

Das neue Landtagswahlgesetz.

Der Entwurf eines Landtagswahlgesetzes liegt nunmehr vor. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende. In 24 Wahlkreisen Württembergs sind 101 Abgeordnete im Weg der Verhältniswahl zu wählen. Die Abgeordnetenliste werden verteilt nach dem Verhältnis der im ganzen Land für die einzelnen Parteien insgesamt abgegebenen Stimmen. In den einzelnen Wahlkreisen werden Kreiswahlvorschlagslisten aufgestellt, die allein als Grundlage der Abstimmung dienen. Die Summe der im ganzen Land auf alle Kreiswahlvorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmen, geteilt durch die Zahl 101, ergibt die Verteilungszahl (Wahlzahl). Jede Kreiswahlvorschlagsliste, die die Wahlzahl oder in Mehrfachen an Stimmen erreicht hat, erhält die entsprechende Anzahl von Sitzen zugeteilt. Die Größe der Wahlkreise ist durchschnittlich auf 100 000 Einwohner bemessen.

Während die Kreiswahlvorschlagslisten bis zu 6 (Stuttgart bis 18) Bewerber enthalten dürfen, können auf der Landeswahlvorschlagsliste beliebig viele Bewerber stehen, denn diese Liste dient nur zur Bewertung der Kreisstimmen. Werden die verfügbaren Sitze durch die Verteilung nach dem Kreiswahlergebnis nicht ausgeschöpft, so fallen die letzten Sitze den größten verbliebenen Restzahlen zu.

Die Wahlvorschläge müssen 12 Tage vor dem Wahltag einreichen werden. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die amtlich gestellten Stimmzettel können nur unverändert abgegeben werden. Die Kosten der örtlichen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sind von den Gemeinden zu tragen. Bemerkenswert ist noch, daß die bei der Reststimmverwertung zu verteilenden Sitze nicht ausschließlich den Landeswahlvorschlagslisten zuallen, sondern zur Hälfte auf die an sie angeschlossenen Kreiswahlvorschlagslisten wieder zurückübertragen werden.

Die einzelnen Wahlkreise sind: 1. Stuttgart (Stadtdirektionsbezirk) 303 197 Einwohner, 2. Oberamt Ehlingen und Gammstadt 94 910 E., 3. Stuttgart Amt und Oberamt Böblingen und Leonberg 125 570 E., 4. Oberamt Ludwigsburg und Marbach 98 040 E., 5. Bisingen, Brackenheim, Maulbronn und Weilingen-Enz 104 018 E., 6. Heilbronn und Neckarsulm 113 194 E., 7. Hall, Künzelsau, Wehringen und Weinsberg 108 219 E., 8. Crailsheim, Gerabronn und Mergentheim 83 080 E., 9. Badnang, Gaildorf und Waiblingen 83 949 E., 10. Völlen, Ellwangen und Aeresheim 89 742 E., 11. Omünd, Schorndorf und Weiskirchen 94 973 E., 12. Göttingen und Geislingen 103 449 E., 13. Nürtingen, Kirchheim und Urach 99 847 E., 14. Reutlingen und Münsingen 84 822 E., 15. Tübingen, Herrenberg und Rottenburg 102 697 E., 16. Calm, Nagold und Neuenbürg 90 036 E., 17. Freudenstadt, Horb und Oberndorf 96 236 E., 18. Balingen, Spaichingen und Sulz 84 722 E., 19. Rottweil und Tuttlingen 84 955 E., 20. Ulm und Heidenheim 125 941 E., 21. Ehingen, Blaubeuren und Laugheim 80 301 E., 22. Biberach, Saulgau und Riedlingen 97 078 E., 23. Ravensburg und Tettnang 84 615 E., 24. Waldsee, Leutkirch und Wangen 85 580 E.

Baden.

Karlsruhe, 23. April. Der Ausschluß der Vertrauensmänner des bad. Landtags wird die geäußerten Wünsche der Pressevertreter weitgehend berücksichtigen.

Karlsruhe, 23. April. Zum Nachfolger des zum Finanzminister ernannten bisherigen Staatsrats Kohler ist Landtagsabgeordneter Staatsrat Witte mann (Str.) zum Ministerialrat und Vortrag. Rat im Staatsministerium ernannt worden.

Karlsruhe, 23. April. Eine Versammlung der Eisenbahner forderte eine Erhöhung der Stundenlöhne vom 1. April an um 1,60 Mk. in allen Lohn- und Ortsgruppen sowie eine ausbalancierte Abchlagszahlung auf die Reichsbesoldungsordnung der Beamten.

Karlsruhe, 23. April. Die Witwe des vor einigen Jahren heimgegangenen Oberhofmarschalls Leopold Karlsruher v. Freyhof, der bekanntlich der Stadt Karlsruhe seine Güter bei Frein vermacht hat, ist nach schwerem Leiden hier im Alter von 74 Jahren gestorben. Sie war eine Schwester des Grafen Zeppelin, des Erbauers des Zeppelin-Luftschiffes. Ihre Ehe blieb kinderlos.

Bretten, 23. April. Wie das „Brettner Tagblatt“ meldet, wurden hier zwei Ausländer verhaftet, die falsche 50 Mark-Scheine ausgaben und im Besitz einer größeren Anzahl von falschen Geldscheinen waren. — Die alte Brauerei Gillardon an Promenadenweg, die in den Besitz der Brauerei Sinner Grünwinkel übergegangen ist, wird nach Entnahme aller Einrichtungsgegenstände abgebrochen. Die Firma Sinner will das Grundstück der Stadtgemeinde geschenktweise überlassen.

Kastatt, 23. April. Die sozialdemokratische Partei stellt für den Bezirk Kastatt den Lehrer Müller-Red in Dietigheim als Kandidaten zur Reichstagswahl auf.

Mannheim, 23. April. Vor dem Schwurgericht wurde der 37-jährige Anwaltsgehilfe Fr. L. Braun von hier, der seine Frau durch fünf Schüsse niedergestreckt hatte, nachdem er erfuhr, daß sie ihn seit Jahren auf das schändlichste betrog, freigesprochen. Das Urteil wurde von den Zuhörern mit Beifallsumgebungen aufgenommen.

Schwetzingen, 23. April. Der Spargelmarkt war bisher durchschnittlich mit 2-3 Zentnern Spargel beliefert. Das Pfund kostet 3 Mk.

Rosbach, 23. April. Das Wuchergericht am Landgericht Rosbach verurteilte die Metzger Josef Eitemann und Emanuel Eitemann in Rosbach wegen Schleichhandels, Schwarzschlachtungen, Höchstpreisüberschreitungen und Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung, Josef Eitemann zu 6 Monaten Gefängnis und 51 000 Mk. Geldstrafe, Emanuel Eitemann zu 6 Monaten Gefängnis und 15 000 Mk. Geldstrafe. Außerdem wurden 36 beschlagnahmte Kalb- und Rinderfelle und der Erlös für beschlagnahmte Fleischwaren eingezogen. Es wurde ferner die Einziehung des nicht unerheblichen übermäßigen Gewinnes verfügt und die Festsetzung der Höhe desselben einem besonderen Verfahren vorbehalten. Schließlich wurde noch die Veröffentlichung des Urteils angeordnet.

Rosbach, 23. April. Mehrere Mitglieder des Eberbacher „Volksrats“ hatten sich wegen Schleichhandels, unerlaubter Schlachtung und Höchstpreisüberschreitung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Die 8 angeklagten Personen hatten im Kraftwagen ihre Hantelfahrten unternommen; bei einer dieser Fahrten war am Karfreitag v. J. der Kraftwagen verunglückt und u. a. der damalige Landtagsabgeordnete und Stadtrat Gastwirt Josi von Eberbach schwer verletzt worden. Der Hauptbeteiligte, der Gästewirt und Metzger Georg Winnewisser in Manmental erhielt 1 Monat Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, während die übrigen mit geringeren Gefängnis- und Geldstrafen davonkamen.

Taubertshausen, 23. April. Von Fahndern wurde hier eine Rüte beschlagnahmt, die 2 Treibriemen, 36 Kilo Messing und 17 Kilo Kupfer enthielt. Die Gegenstände rührten von einem Diebstahl her.

Ehningen, 23. April. In den zur landwirtschaftlichen Halle gehörigen Stallungen brach Großfeuer aus, das rasch um sich griff, so daß die Rettung der darin untergebrachten 22 Pferde, 2 Zugtiere, 4 Fugochsen und zahlreicher landwirtschaftlicher Maschinen und großen Mengen von Futtermitteln nicht mehr möglich war. Die darin untergebrachten Futtermittel gehörten teilweise dem Kommunalverband. Die Entstehungsurache ist unbekannt, wird aber auf Kurzschluß zurückgeführt. Die Stadt verlor sämtliche zum städt. Fuhrpark gehörigen Pferde. Der Schaden wird auf mehr als 1 1/2 Millionen Mark geschätzt.

Willingen, 23. April. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Lehmann-Willingen fand hier eine Versammlung größerer oberbadischer und württembergischer Abnehmer von elektrischem Strom statt. Man gründete einen Stromabnehmerverband zur Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen in Bezug auf die Belieferung mit Strom und zur Förderung der auf die Belieferung mit Strom weiterer Wasserkräfte für die Elektrizitätsversorgung gerichteten Bestrebungen.

Hugstetten (bei Freiburg), 23. April. Die Tochter des Zimmermeisters Lipp's stürzte vom Heuboden in einen sog. Heulichter, der den ganzen Körper des Mädchens durchdrang. Die schwere Verletzung führte den Tod des Mädchens herbei.

Triberg, 23. April. Die Schwarzwaldbrauerei hat einen Teil ihrer Gebäude, das Sudhaus, das Maschinenhaus und das Eishaus auf Abbruch verkauft.

Sulzburg, 23. April. Die Gemeindeverordneten haben sich zum dritten Male — mit 29 gegen 3 Stimmen — für die Verstärkung des Städtchens Sulzburg vom Bezirk Mülheim und damit für den Anschluß an den Amtsbezirk Staußen ausgesprochen.

Steigerung des Kartoffelbaues in Baden.

Die dringende Not, in der sich z. Bt. fast sämtliche größere Städte Badens in Bezug auf die Kartoffelversorgung befinden, muß so schnell wie möglich behoben werden, und eine ähnlich schlechte Belieferung, wie es in diesem Jahr der Fall war, muß in Zukunft ausgeschlossen sein. Die Badische Landwirtschaftskammer hat nichts unversucht gelassen, um möglichst viel Saatgut von hervorragenden Neuzüchtungen und sonst be-

währten Kartoffelsorten nach Baden hereinzubekommen und hat auch im Verein mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Verbänden recht gute Erfolge zu verzeichnen. Trotz großer Schwierigkeiten ist es gelungen, recht ansehnliche Mengen Saatkartoffeln hereinzuschaffen, so daß die Landwirtschaftskammer auch den landwirtschaftlichen Verbänden Saatkartoffeln abgeben konnte. Von den bekannten Neuzüchtungen, wie Hundenburg, eine hervorragende äußerst ertragreiche Speisekartoffel, sind 21 000 Ztr., von der bekannten Sorte Deodara, der Siegerforte in dem Anbauversuch der deutschen Kartoffelkulturstation, ebenfalls 21 000 Ztr. nach Baden gekommen. Von der Sorte Gratiola und Laurus, beides hervorragende mittelfrühe Kartoffeln, die zu Speisezwecken ganz besonders zu empfehlen sind, konnten rund 16 000 Ztr. beschafft werden. Außerdem wurden etwa 20 000 Ztr. Frühkartoffeln, wie Kaiserkrone, Thiesles Rudud, Bürkners Frühste, Jubel Westa, Oberwälder Blau, Frühe Rosen und Frühe Vorbotten, erworben. Der Landwirtschaftskammer ist es ferner gelungen, mit dem bekannten Kartoffelsüchter Freiherr v. Kamecke und dem Frühkartoffelsüchter Mittergutsbesitzer Thiele-Rududsmühle Verträge abzuschließen für die Dauer von mehreren Jahren zwecks Lieferung von Original-Pflanzgut und erste anerkannte Abfaat ihrer bekannten Neuzüchtungen. Durch diese Verträge sind rund 35 000 Ztr. Saatkartoffeln so gut wie gesichert. Die Landwirtschaftskammer hat eine Beratungsstelle für Kartoffelbau eingerichtet, die jedermann unentgeltlich zur Verfügung steht. Zur weiteren Klärung der Sortenfrage und Steigerung der Kartoffelerzeugung werden in diesem Jahr in sämtlichen Amtsbezirken Badens Kartoffelanbauversuche mit 9 verschiedenen Sorten durchgeführt.

Vermischtes.

Die Verhaftung von 10 Weinkommissionären in Neustadt und Mühlbach wegen Kettenhandels erregt in der Pfalz allgemeines Aufsehen. Oberländer Wein, der für 8000 Mark das Fuder von dem ersten Besitzer verkauft wurde, ging durch die Hände der zehn verhafteten Weinkommissionäre und wurde schließlich als Ungsteiner für 12 000 Mark das Fuder dem ersten Besitzer wieder verkauft, ohne daß er den Keller des ersten Verkäufers verlassen hätte! Dieser war daher sehr erstaunt, als er nach Abschluß des Kaufs erfuhr, daß der von ihm gekaufte angebliche Ungsteiner Wein als Oberländer Wein in seinem eigenen Keller liegt!

Die Frankfurter Universität hat in ihrem jungen Dasein mit einem solchen Fehlbetrag zu kämpfen, daß es unmöglich ist, sie aufrechtzuerhalten. In letzter Zeit haben nach der „Frankf. Zig.“ Verhandlungen stattgefunden, nach denen der Fehlbetrag vom Reich, von Preußen und der Stadt Frankfurt gedeckt werden soll. Es wird aber daran die Bedingung geknüpft, daß unabhängig von der Universität, aber in ihren Räumen eine „Akademie für Angestellte, Arbeiter und Beamte“ errichtet werden soll, deren Befähigung für höhere Dienststellen erwerben können. — Ob das eine glückliche Lösung ist, erscheint fraglich, denn der Betrieb der Universität, die an sich kein Bedürfnis war, wird dadurch nicht rentabler, eher das Gegenteil und sie bleibt am Geldbeutel des Reichs hängen.

Schwerwichtige Freimarken. Pakete nach dem Ausland, besonders solche mit hoher Wertangabe, müssen jetzt vielfach mit weit über 20 Mk. freigemacht werden. Da der Raum auf der Paketarten zur Anbringung so vieler Marken nicht ausreicht, muß die Freigebühr jetzt in besonderen Listen verrechnet werden, die vor dem Abgang der Pakete von einem zweiten Beamten nachgeprüft werden müssen. Das erschwert den Postbetrieb ungemein. Das Postministerium hat deshalb die Reichsdruckerei mit der Herstellung von Marken zu 10 und 20 Mark beauftragt die bald erscheinen sollen.

Die Werbekosten der Sparprämienanleihe. Nach dem Bericht des Ausschusses der Nationalversammlung sind für die Reklame der Sparprämienanleihe 9 Millionen Mark ausgegeben worden. Ein Komponist Maas, der ein Lied schrieb, das zur Werbung in den Vergnügungsorten gespielt wurde, erhielt dafür 400 000 Mark. Einige Druckerinnen haben sich bereit erklärt, zu viel erhaltene Beträge für Reklamedruckereien zurückzugeben.

Der 1. Mai. In einer stürmischen Sitzung der Berliner Stadtverordneten wurde mit den Stimmen der beiden sog. Parteien beschloffen, am 1. Mai Sonnabend zu halten und den Schulunterricht auszusparen. Nach dem Beschluß der Gewerkschaftskommission wird der Betrieb der Straßenbahn ruhen.

Der Streik der Gastwirtsgehilfen in Berlin ist beendet. Der Gesamtkörper der Explosion in Rothenschein bei Königsberg beträgt rund 32 Millionen Mark, 232 Menschen sind getötet, 273 schwer verletzt.

Lotales.

— **Der Honig** wird in diesem Jahr wieder teurer werden; vielfach hört man den Preis von 15 Mark für das Pfund nennen, das Zwölfwache des Friedenspreises. Aber allerdings kostet jetzt eine Beute auch 185 bis 195 Mark gegen 12 Mark vor dem Krieg und Bienenwachs 20 Mark gegen 2 Mark das Pfund.

— **Handwerksmeister und Professor.** Der Blechnernmeister L. Christ in Heitersheim, bad. Amts Staufer, hat nach badischen Mätern wegen seiner hervorragenden Geschicklichkeit einen Ruf als Lehrer an die Maschinenabteilung der Technischen Hochschule Stuttgart-Berg erhalten. Christ hat es aber vorgezogen, weiterhin in seiner Heimat als Handwerksmeister zu wirken.

— **Zur Brotversorgung** wird amtlich mitgeteilt: Die Lage unserer Brotversorgung stellt sich neuerdings etwas günstiger dar. Von der Reichsgetreidestelle wurden 500 Tonnen Auslandsweizen überwiesen, die z. Bt. in der Ausmahlung begriffen sind. Auch ist in der nächsten Zeit mit Zufuhren aus Norddeutschland zu rechnen. 2000 Doppelzentner Weizenmehl in Mannheimer Mühlen wurden heute unserem Lande zur Verfügung gestellt. Weitere Mengen Auslandsgetreide sind in Aussicht. Die Reichsgetreidestelle gibt sich die Mühe, die Notlage in Baden zu lindern. Es ist, daß die Belieferungsschwierigkeiten in der Getreidestelle in letzter Zeit vor allem darauf zurückzuführen waren, daß vom Reiche angekauftes Auslandsgetreide in Rotterdam infolge eines Streiks der dortigen Hafendarbeiter nicht verladen werden konnte. Der Reichsregierung ist es durch unmittelbare Verhandlungen mit den Streikenden gelungen, diese dazu zu bewegen, daß sie wenigstens Getreide für Deutschland verladen, mit dessen Ankunft allerdings erst in einigen Wochen zu rechnen ist.

— **Die neue Postgebührenordnung.** Vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung ist beabsichtigt, nur die Erhöhung der Brief- und Paletengebühren am 1. Mai einzuführen. Der neue Zeitungs- und Telephon- und Telegraphengebühren sollen frühestens am 1. Juli in Kraft treten, um den Inhabern von Fernsprechanlagen die Möglichkeit rechtzeitiger Abmeldung zu geben.

— **Der Fremdenverkehr.** In einer Besprechung im Ministerium des Innern, zu der verschiedene Interessenten zugezogen waren, wurde anerkannt, daß der Fremdenverkehr in Baden unter strenge Kontrolle gestellt werden müsse, für Kranke und wirklich Erholungsbedürftige sollen vom 15. Juli bis 15. September gewisse Erleichterungen geschaffen werden. Wegen des anstößigen Verhaltens und Hansens der Kurfremden werden strenge Maßnahmen ergriffen.

— **Einnahmestück.** Die württ. Landeserziehungskasse wird aus eingesparten Beständen im Juni 1 1/2—2 Pfund Ruder auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung bringen. Leider scheint es in Berlin nicht durchzusetzen gewesen zu sein, statt der berühmten „ungefährten Marmelade“ eine entsprechende Menge reinen Bäckers herauszuschlagen, und so wird mancher genötigt zu sein, die läudlich teure Marmelade doch zu schlucken. Zum Trost erfährt man von zuständiger Stelle, daß in Aussicht genommen sei, die Zwangsbewirtschaftung der Marmelade ganz einzustellen, was der Aushebung des Zwangs, sie „genießen“ zu müssen, gleichkommt. Hoffentlich gibt es dann, wenn es anders mit rechten Dingen zugeht, für die Allgemeinheit wieder mehr Obst und Bäder. Auf die Zwangsmarmelade wird man ganz verzichten.

— **Auf der Frankfurter Fellektion** am Mittwoch zeigte sich ein weiteres Nachlassen der Kauflust. Für Großviehhäute wurden 17.25 bis 18.75 Mk. erzielt, was einen Abschlag von 40 Prozent bedeutet. Für Kalbfelle lagen diesmal nur Gebote von 37 Mk. vor, Mitte Februar hatten sie mit Kopf 65 Mk. erzielt. Auf Roshäute wurden 500 bis 800 Mk. geboten, sie wurden deshalb zurückgezogen.

— **Von der Tabaksteuer.** Die Genehmigung der Tabaksteuer beträgt vom 1. Mai ab bis zum 30. September 1920 für Zigaretten 75 Proz., für Zigaretten in den höchsten 5 Steuerklassen 50 Proz. und für feingeschnittene Rauchtabak in den beiden obersten Steuerklassen 20 Proz. der vollen Sätze. Die Tabaksteuer für Zigaretten wird jedoch nicht unter den vollen Betrag von 87 Mk. je 1000 Stück, für feingeschnittene Rauchtabak nicht unter 32 Mk. pro Kilo erhoben.

— **Die Kartoffelbelieferung.** Im Verlauf der ersten Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats in Berlin machte der frühere Unterstaatssekretär von Braun interessante Mitteilungen über die Kartoffelbelieferung nach der nächsten Ernte. Der Landwirtschaftsrat habe längst mit dem Städtetag verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen sei eine Einigung auf ein System von Lieferungsverträgen gewesen, das es ermöglichen wird, der Bevölkerung aller Städte über 10 000 Einwohner, das sind 30 Millionen Seelen, je 6—7 Pfund Kartoffel wöchentlich zuzuführen.

— **Wildbad.** Zu einer Wohltätigkeitsfeier mit Theateraufführung zu Gunsten bedürftiger Kriegsbeschädigter hatte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Wild-

bad, seine Mitglieder und Freunde am Sonntag den 25. in die alte Linde geladen. Schon um 8 Uhr war der geräumige Saal überfüllt. Die vorzüglichen Darbietungen erweckten bald die heiterste, gemütlteste Stimmung. Zwei Theateraufführungen: „Revolution in Friedlingen“ und „Luiße du bist so blaß“, sowie eine komische Gefangenszene: „August läßt sich fotografieren“ wechselten mit frohen Scharliedern und ausgezeichnet vorgetragenen Klavierstücken. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten zählt hervorragende schauspielerische Talente zu seinen Mitgliedern; vor allem seien genannt die Damen Frau Schill und Funk, Frä. Anna und Luise Kappelmann und Marie Schmid, die Herren Karl und Albert Wildbrett, Rothfuß, Bausert und Mundinger. Auch die kleineren Rollen lagen in den besten Händen. So brachte das vorzügliche Zusammenspiel den gebührenden Erfolg und erzielte Stilleme von Heiterkeit. Nicht vergessen sei die Mühe des stets rührigen Vorstands, Herrn Bott. Reicher Beifall belohnte alle Mitwirkenden und es ist zu hoffen, daß auch der materielle Erfolg des Abends, der durch ein flottes Tänzchen beschlossen wurde, dem guten Zweck entsprach.

— **Neues Papier.—Altes Papier.** Die Zeitungen befinden sich infolge der unaußhörlich steigenden Papierpreise in einer geradezu verzweifeltsten Lage. Nur, um sich vor dem sicheren Zusammenbruch zu retten, sehen sie sich genötigt, einen Teil des Ausgleichs durch erhöhte Bezugspreise zu suchen. Den Lesern aber ist wahrscheinlich wenig bekannt, daß auch das sogenannte Altpapier erheblich besser bezahlt wird. Jeder Bezueher des Wildbader Tagblatts erhält im Monat 1/2 Kilo Zeitungspapier. Dieses bedruckte Papier läßt sich nach den heutigen Preisen für 2,50 Mark das Kilo abgeben, so daß daraus eine Einnahme 1,25 Mark und somit eine erhebliche Verbilligung des Zeitungsbezuges zu erzielen ist.

Gelchäfts-Druckflachen in jeder gewünschten Ausführung

liefert pünktlich und preiswert

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Bekanntmachung.

Die auf Grund des Art. 61 des Gemeindeangehörigkeitsgesetzes erlassene Gemeindefassung über die Erwerbung des Gemeindebürgerrechts

und die Gemeindefassungen vom 19. Dezember 1885 wurde durch Beschluß des Gemeinderats vom 21. Februar 1919 und 9. März 1920 mit Genehmigung der Württ. Regierung für den Schwarzwaldkreis in Neutlingen vom 20. Mai 1919 und 23. März 1920 in verschied. Punkten abgeändert. Sie lautet jetzt folgendermaßen:

§ 1.

Die in Art. 6 des Gemeindeangehörigkeitsgesetzes genannten Personen haben, sofern bei ihnen nicht einer der in Art. 14 und 57 bezeichneten Umstände vorliegt, außer den Fällen des Art. 7 Ziff. 1 dann Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts, wenn sie neben der Wohnsteuer an Staats-, Amtskörperschafts- und Gemeindesteuern aus Grundeigentum, Gebäuden und Gewerben für das zuletzt vorangegangene Rechnungsjahr in hiesiger Gemeinde wenigstens 70 Mark entrichtet haben.

§ 2.

Für die Erteilung des Bürgerrechts in den Fällen des Art. 7 Ziffer 1 des Gesetzes ist die im Gesetz bestimmte Gebühr von 2 Mark, in allen übrigen Fällen eine Gebühr von 25 Mark an die Gemeindefasse zu entrichten.

§ 3.

Außer dem Ortsvorsteher werden sonst keine Beamten durch ihre Anstellung Bürger.

§ 4.

Das Einstandsgeld, welches behufs der Erlangung des Anspruchs auf Teilnahme an den persönlichen Gemeindefassungen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Erwerbung dieses Anspruchs, insoweit zu bezahlen ist, als nicht gesetzliche Befreiung Platz greift, beträgt 600 Mark.

§ 5.

Die durch Regierungserlaß vom 18. April 1879 genehmigte Bürgernehmung, bestehend in dem Ertrag aus 5143 Fm. Holz abzüglich des Aufwands, der für die Gewinnung dieser Holzmenge zu machen ist, wird nach den seitherigen Grundstücken in 750 Portionen mittelst Geldentschädigung zur Verteilung gebracht. Der Eintritt in die Bürgernehmung geschieht in der Reihenfolge des Eintrags in die Bürgerliste. Neuanziehende Bürger werden nach ihrem Lebensalter in die Zahl der Bürgerberechtigten eingereiht, und treten nach 2jähriger Wartezeit in den Genuß der Bürgernehmung, sofern ihre Altersgenossen diese schon beziehen. Neuaufgenommene Bürger werden am Tage ihrer Aufnahme in die Bürgerliste eingetragen und treten nach demjenigen Bürger in den Genuß der Bürgernehmung ein, der

hatte. — Die Reparaturholznutzung wird nach Maßgabe des Beschlusses der Gemeindefassungen vom 21. Juni 1918 in einer dem Wert der Reparaturholznutzung entsprechenden Geldentschädigung verabreicht.

Wildbad, den 24. April 1920.

Gemeinderat: Vors.: Baegner.

Bekanntmachung.

Zuschlag zur Grunderwerbssteuer betr.

Die Stadtgemeinde Wildbad erhebt auf Grund des Grunderwerbssteuergesetzes vom 12. September 1919 gemäß Beschlusses des Gemeinderats vom 11. Nov. 1919 mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 an einen Zuschlag zur Grunderwerbssteuer von 1,6 %, das ist für je 100 Mk. des steuerpflichtigen Werts 1 Mk. 60 Pf. und in den Fällen der §§ 9 und 28 Abs. 2 des Grunderwerbssteuergesetzes von 0,8 %, das ist 80 Pf. für je 100 Mk. des steuerpflichtigen Werts.

Wildbad, den 24. April 1920.

Gemeinderat Vors.: Bähler.

Bierhöchstpreise.

Durch Verfügung des Oberamts Neuenbürg vom 19. April 1920 werden für die Wirtschaften in der Stadtgemeinde Wildbad für die Badeszeit (1. Mai bis 30. Sept. 1920) folgende Bierhöchstpreise festgesetzt:

0,25 Ltr. — 45 Pf.
0,35 „ — 55 „
0,70 „ — 100 „

Die Preise sind in den Wirtschafts- und sonstigen Verkaufsräumen deutlich sichtbar anzuschlagen.

Wildbad, den 24. April 1920.

Stadtschultheißenamt: Bähler.

Last-Auto-Fracht

Wildbad-Pforzheim-Heilbronn.

Anfang Mai gesucht von

Ludwig Kämpff, Heilbronn a. N.

Große Auswahl in

Holzwaren aller Art

Leiterwagen, Ersatzteile zu Leiterwagen, Treppenleitern für Haushalt u. Handwerker, Korbwaren, Gartenmöbel, Klappstühle, Waschtrockner usw. haben Sie bei

Robert Treiber.

Fische!

Heute eingetroffen:

Schellfisch u. Cabliau,

Pfund Mk. 3.60,

Adolf Blumenthal,

Eugenstraße.

Telef. 44.

Haarpfeil,

auf dem Zick-Zack-Weg—Wildhelmstraße verloren.

Geg. Belohn. abzug. i. d. Exp.

Schöne

Rhabarber,

prima Ware, eingetroffen bei

Romano Chirigato.

Bohnenstecken

ca. 120 Stück hat abzugeben.

Karl Schmid,

Hochwiesenweg.

Turn-Verein

Wildbad.

Sämtliche Turner, unter 22 Jahren, werden aufgefordert, am Dienstagabend 8 Uhr in der Turnstunde zu erscheinen, andernfalls sie aus dem Verein ausgeschlossen werden. Ausgenommen welche ärztliche Bescheinigung vorweisen können.

Der Ausschuß.

Schöne

Wohnung

mit 3—4 Zimmer, samt Zubehör, ist sofort zu vermieten. Näheres in der Exped. ds. Blattes.

Mittiger

Kleiderschrank

zu verkaufen. Zu versorgen in der Exped.

Kaufe alte

Grammophon-

platten auch Bruch.

per Kg. 10.—

Richard Curth,

— Musikhaus —

Pforzheim, Leopoldstr. 17

Bossbrücke Kiedalsch-Arkaden.

Guterhaltenes

Pianino

oder Flügel aus Privathand zu kaufen gesucht. Angeb. unter Chiffre S. L. 1473 an Rudolf Wölfe, Stuttgart erbeten.

Sache

ist sofort oder später formel- u. Kesselschmiedelohrlinge.

Freie Station und Schulbesuch. Wöchentlich Taschengeld. Gründl. Ausbildung. Näheres m. Streicher Cannstatt a. N. Eisenhammer u. Dampfhammerfab.

Württembergisches Chevermittlungsbüro

Ernst Trichtinger, Cannstatt, Königsstr. 11. Auskunft bis 10 Uhr für Damen und Herren gegen Rückporto.

